Wegen Subventions-Bschiss – Liechtenstein leitet Verfahr

Geldschwäscherei-Verd gegen Postauto

scal Tischhauser

Der Postauto-Bschiss zieht seine Kreise nach Liechtenstein. Passiert aber nicht, was Schweizer irtschaftsjuristen erwartet ben. Für sie ist klar: Der Be- ht der Anwaltskanzlei Keller- ls Carrard zum Bschiss zeigt, **17 Millionen Franken an illegalen Subventionsgewinnen sind ins Fürstentum geflossen.** Das begründet für sie den Anfangsverdacht, dass die Postauto Liechtenstein gegen Wettbewerbsrecht verstossen hat.

Doch die dortige Landesregierung, die die Aufsicht über Postauto Liechtenstein hat, scheint untätig. Auf Anfrage von BLICK konnte man gestern keine Angaben machen, **ob es ein solches Verfahren wegen wettbewerbsrechtlichen Verstössen gibt oder nicht.** Juristisch besteht kein Grund, nicht eine solche Untersuchung zu starten.

Eine andere Liechtensteiner Behörde hat jedoch die Initiative ergriffen: Die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) bestätigt BLICK-Informationen, wonach sie eine Untersuchung führt: «Ja, die FMA hat ein Verfahren eröffnet im Postauto-Fall», sagt FMA-Sprecher Lukas Müller. BLICK weiss: Das zu untersuchende Delikt ist happig: Geldwäscherei.

Denn die Gewinne beim Postauto-Bschiss in der Schweiz kamen nicht nur von zu hohen Abgeltungen, sie wurden auch noch betrügerisch versteckt: **Beispielsweise hat Postauto Schweiz Autopneus verrechnet, die nur auf Papier angeschafft wurden.** Wenn sich wirklich bestätigt, dass Geld aus dem Postauto-Betrug in der Rechnung von Postauto Liechtenstein versickerte, ist der Straftatbestand der Geldwäscherei im Fürstentum erfüllt.

Die Post räumt auf Anfrage ein, die Kellerhals-Carrard-Untersuchung zeige, **«dass eine Finanzierung über verdeckte Gewinnausschüttungen ins Ausland nicht auszuschliessen ist».**

gebnissen restlos Transparenz schaffen. «Wir sind zuversichtlich, dass wir die ersten Erkenntnisse dazu schon zeitnah kommunizieren können», sagt Sprecherin Léa Wertheimer.

auto Liechtenstein Anstalt, die liechtensteinische KPMG. **«In einem ersten Schritt haben wir die KPMG zu einer Stellungnahme aufgefordert»,** erklärt Sprecher Lukas Müller. Denn die

Post beteiligt sich an Drohnenfirma

Die Post investiert Millionen von Franken in das art-up **Matternet aus** m **kalifornischen** licon Valley, das mit rohnen die Welt erbern will. Die gute alte st. Gepaart mit einem r innovativsten Wirthaftssektoren überupt, im hippen Techekka Menlo Park. Kann das t gehen?

Natürlich, findet die Post. ls führender Logistiker in

«Zukunftsträchtiger Markt»: Der Post ist Matternet Millionen wert.

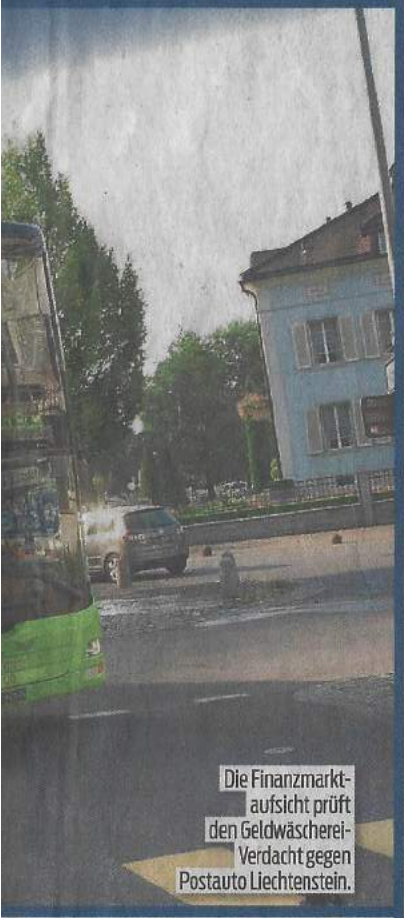
«Drohnentechnik, eingebettet in logistische Prozesse, kann ein zukunftsträchtiger Markt sein. **Wir investieren in Start-**

Es handle sich bei der Investition um eine Wandelanleihe aus dem Jahr 2017 über einen «tiefen einstelligen Millionenbetrag», die nun in Anteilsscheine am Drohnen-Start-up umgewandelt wird.

Die Post arbeitet schon seit drei Jahren mit Matternet zusammen. Unter anderem fliegen die US-Drohnen mittlerweile am Himmel über Lugano, Bern und Zürich. Dort transportie-

n ein

acht



Die Finanzmarktaufsicht prüft den Geldwäscherei-Verdacht gegen Postauto Liechtenstein.

Anfrage aus, man kommentiere die Aktivitäten von Aufsichtsbehörden grundsätzlich nicht.

In einem nächsten Schritt dürfte wegen Geldwäscherei dann aber der gelbe Riese selbst ins Zentrum der Unter-

POLITIK & WIRTSCHAFT

Kürzere Wege zur nächsten Poststelle

Bern – In Zukunft sollen 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung innerhalb von 20 Minuten zu Fuss oder mit einem öffentlichen Verkehrsmittel eine Post- oder Zahlungsverkehrsstelle erreichen können. Zusätzlich schlägt der Bundesrat vor, die Grundversorgung in den Städten zu verbessern.

Neue Handgepäck-Regeln für USA-Flüge

Kloten ZH – Wer aus Europa in die USA fliegt, muss sich beim Zusammenstellen des Handgepäcks ab Samstag eine weitere Regel merken: Aufgrund neuer Sicherheitsbestimmungen dürfen nicht mehr allzu viel Pulver oder pulverähnliche Substanzen mitgeführt werden. Die neue Höchstgrenze liegt bei 350 Millilitern.

Suva hat 2017 erfolgreich angelegt

Luzern – 302 Millionen Franken Ertragsüberschuss hat die Suva zum 100-Jahr-Jubiläum erzielt. Zu verdanken hat sie das insbesondere der Rendite ihres Anlagevermögens. Davon profitieren die Versicherten. Nun soll die Prävention noch stärker in den Fokus rücken.

Schweizer baden gerne in Südeuropa

Zürich – Für die Badeferien im Sommer bevorzugen Schweizerinnen und Schweizer weiterhin die klassischen Destinationen in Südeuropa wie die griechischen Inseln, Italien oder Spanien. Wieder im Trend liegen auch Ägypten

Angst vor Kündigungs-Initiative

Endlich sagt die SVP, was sie wirklich will!

Bis im Sommer will Aussenminister Ignazio Cassis (57) das Rahmenabkommen mit der EU unter Dach und Fach haben. **Dafür fordert Brüssel Zugeständnisse beim Lohnschutz. Cassis will diese geben** – braucht dafür aber das O. K. vom Gesamtbundesrat. Ob er es bekommen hat? Offensichtlich nicht. Wie bundesratsnahe Quellen sagen, fand an der gestrigen Sitzung der Landesregierung nur eine erste Aussprache statt.

Doch das Thema EU wird die Schweiz noch länger beschäftigen. Denn die SVP hat 125 000 Unterschriften für die Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU beisammen. **«Die Initiative steht», so Präsident Albert Rösti** (50) gestern im BLICK-Interview.

Ob die Volkspartei jedoch zum richtigen Zeitpunkt mit der verschärften Auflage der 2014 vom Volk angenommenen Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) kommt, ist fraglich. Die Nettoeinwanderung ins Land – die Einwanderung abzüglich der Auswanderung also – ist so tief wie seit Jahren nicht mehr.

Und sie sinkt weiter, wie neuste Zahlen des Staatssekretariats für Migration (SEM) zeigen. **So sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres netto 21 689 Personen gekommen – 3,5 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2017.**

Die Gegner der Initiative – alle Parteien ausser der SVP – sind daher entspannt. CVP-Präsident Gerhard Pfister (55) begrüsst, dass es nun bald zur «gewünschten Klärung» in der Zuwanderungsfrage kommt. Die MEI sei unklar formuliert gewesen. **«Mit der Kündigungs-Initiative kann sich das Volk nun für oder gegen die bilateralen Verträge entscheiden»,** so Pfister. Das sieht auch FDP-Präsidentin Petra Gössi (42) so: «Wir werden die Initiative bekämpfen, denn **es ist nichts weiter als populistische Selbstinszenierung,** die die Schweiz nicht weite bringt.»

Auch die Wirtschaft ist para den Kampf aufzunehmen. «D Kündigungsinitiative ist e Frontalangriff auf die heutige Wirtschaftsbeziehungen m der EU – unserem wichtigste Absatzmarkt», so Jan Attesla der (54) von Economiesuiss «Wir sind bereit für die Ausei andersetzung.» **Nico Menza**

Kein Freund der Personenfreizügigkeit: Albert Rösti (SVP).

Begrüsst einen Volksentscheid zur Frage: Gerhard Pfister (CVP).

Will die «populistische» Initiative bekämpfen: Petra Gössi (FDP).

Beratung für ältere Menschen in Wohnungsnot

Rentner helfen Rentnern